



Interpellation der SP-Fraktion: Deindustrialisierung stoppen

Die Nationalbank hat der Schweizer Wirtschaft mit der Aufhebung der Wechselkursuntergrenze zum Euro eine Vollbremsung verordnet. Ein Konjunkturrückgang im ersten Quartal von 0,2% und ein Wachstum von 0,2% im zweiten Quartal ergeben ein Nullwachstum und damit Stagnation im ersten Halbjahr. Mit fatalen Folgen: Bereits sind mindestens 3500 Stellen in der Industrie gestrichen worden, bis Ende Jahr könnten bis zu 40'000 Arbeitsplätze dem Frankenschock zum Opfer fallen. Eine Umfrage hat ergeben, dass die Industriebetriebe darüber hinaus in den nächsten drei Jahren einen Fünftel oder 20 Prozent der Schweizer Jobs ins Ausland verlagern wollen. Das ist der Beginn einer dramatischen Deindustrialisierung.

Die SP bittet den Bundesrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Das Seco warnt vor einem „überschiessenden Strukturwandel“: Ist der Bundesrat bereit, einen Staatsfonds in der Grössenordnung von 2 Mrd. Fr. zu gründen, um die Deindustrialisierung zu stoppen und KMU sowie Zulieferbetrieben, die aufgrund des Frankenschocks keine produktivitätssteigernden Investitionen vornehmen können, (mit Bürgschaften oder Darlehen) unter die Arme zu greifen?
2. Was gedenkt der Bundesrat für besonders exponierte Regionen (v.a. Grenzregionen) zur Abfederung der gravierenden Auswirkungen der Frankenstärke zu tun?
3. Ist der Bundesrat bereit, die Arbeitsplätze von älteren Arbeitnehmenden besser zu schützen, indem er einem Ausbau der Leistungen von ALV und BVG zustimmt, eine Überbrückungsrente einführt sowie einen Weiterbildungsfonds für ältere Arbeitnehmende einrichtet, der durch eine Solidaritätsabgabe von Betrieben mit einem unterdurchschnittlichen Anteil an älteren Arbeitnehmenden alimentiert würde?
4. Der durch die SNB-Politik forcierte Strukturwandel erfordert eine Neuqualifizierung der Arbeitnehmenden: Wo will der Bundesrat ansetzen, um die berufliche Nachhol- und Weiterbildung zu forcieren und z.B. Berufe und Ausbildungen in neuen Bereichen wie Cleantech aufzubauen oder weiterzuentwickeln?
5. Ist der Bundesrat bereit, dafür zu sorgen, dass die Währungsgewinne von Importeuren (Herstellern und Detailhändlern) an die Konsumentinnen und Konsumenten weitergegeben werden? Wenn ja, mit welchen Mitteln?
6. Welche Massnahmen sieht der Bundesrat vor, damit sich der Frankenkurs der Kaufkraftparität gegenüber dem Euro zumindest wieder annähert?